

BÜRGERAUSSCHUSS

Auszug aus der Niederschrift der Sitzung vom 21.06.2022

Zu Punkt 4.1 **Straßenbauplanungen L712n und Herforder Straße**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 4148/2020-2025

Frau Wellmann trägt vor, dass die Petenten - die Initiative „Parents for future“ - die Gremien dazu auffordern, die Planungen zur L 712 n / Herforder Str. (B61) und deren Umsetzung zu stoppen, die veralteten Planungen neu auf den Prüfstand zu stellen und die erforderlichen Maßnahmen dazu in die Wege zu leiten. Seitens der Verwaltung nimmt sie insoweit Bezug auf die ins Ratsinformationssystem eingestellte Informationsvorlage des Amtes für Verkehr. Demnach werde im Herbst 2022 das Ergebnis einer Machbarkeitsstudie zur Umsetzung der Planung (soweit sie nicht bereits vom Planfeststellungsbeschluss zur L 712 n umfasst sei) erwartet. Ziel sei es, eine zukunftsorientierte Lösung zu finden, die sowohl die Interessen der Verkehrsteilnehmenden, der Umwelt und der Anwohnenden berücksichtige als auch die Mobilitätsstrategie der Stadt Bielefeld unterstütze. Die weiteren Planungen würden dann im StEA - ggf. auch im Rat - beraten und beschlossen. Aufgrund des Sachzusammenhangs empfehle die Verwaltung, die Eingabe an den StEA zu verweisen.

Eine Vertreterin der Initiative „Parents for Futur“, stellt die Organisation vor, die sich in Solidarität zu der „Fridays for Futur“-Bewegung gebildet habe, um deren Forderungen nach einer konsequenten Klima- und Umweltschutzpolitik zu unterstützen. Insbesondere fordere die Initiative „Parents for Futur“, dass die Vorgabe u.a. des Bundesverfassungsgerichts, die Erderwärmung auf max. 1,5 °C zu begrenzen, konsequent umgesetzt werde. Die Erderwärmung um mehr als 1,5 °C habe immense weitere negative Auswirkungen auf die Umwelt. Die Auswirkungen des Klimawandels seien durch die ansteigenden Temperaturen, Trockenheit und Waldbrände z.B. in Brandenburg einerseits sowie andererseits Starkregen, Hochwasser z. B. im Ahrtal etc. deutlich spürbar. Auch in Bielefeld sei der Zustand des Waldes katastrophal und die Wasserstände viel zu niedrig. Die Vertreterin machte deutlich, dass wir in einer Klimakrise seien, die insbesondere unsere Kinder, unser Leben insgesamt und unsere Umwelt bedrohe. Sie appellierte daran, dass Alles getan werden müsse, diese Krise abzuwenden. Dabei sollten die Erkenntnisse der Wissenschaft und Forschung beachtet werden. Jeder Einzelne solle alles tun, was nötig sei. Die Stadt Bielefeld habe den „Klimanotstand“ erklärt. Die Klimaschutzziele der Stadt seien einzuhalten. Jede Entscheidung der Stadt müsse deshalb auf Klimaschädlichkeit geprüft werden. Die Verkehrsplanung habe in den letzten Jahren keine Verbesserung im Hinblick auf weniger Treibhausgase gebracht, obwohl gerade die Belastungen durch den Ver-

kehr dabei ausschlaggebend seien. Die Stadt solle daher den Bau der L712n/Herforder Str. überdenken, neu planen und den Straßenausbau stoppen.

Frau Biermann bedankt sich für den ausführlichen Vortrag. Als Mutter und Großmutter mehrerer Enkelkinder könne sie das Anliegen sehr gut nachvollziehen. Es sei auch sicher umweltfreundlicher, z. B. das Fahrrad zu nutzen. Deshalb spreche sie sich klar für eine Verweisung an den StEA aus.

Frau Grünewald merkt an, dass hier nicht an die Einwohnerinnen und Einwohner der angrenzenden Stadtteile von Milse, Altenhagen, Heepen und Brake gedacht werde. Der Bereich der Grafenheider Straße werde zurzeit bereits großflächig umgebaut. Die Planung der L712n sei das Ergebnis eines umfangreichen Planfeststellungsverfahrens und solle nunmehr kurzfristig umgesetzt werden. Der Ausbau diene der Entlastung der Einwohnerinnen und Einwohner von insgesamt vier Stadtteilen. Außerdem sei der Straßenausbau bedeutsam für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Eine Verweisung in den StEA lehne sie ab und beantrage, die Eingabe zurückzuweisen.

Herr Ridder-Wilkens unterstützt den Antrag der Petition. Es seien radikale Einschnitte erforderlich, ansonsten sehe er schwarz für die Zukunft. Er schließe sich an, dass der Antrag an den StEA verwiesen werden sollte.

Auch Herr John bedankt sich bei der Petentin für die ausführlichen Ausführungen. Er merkt an, dass die Planung nicht aktuell sei, weil gerade der Radschnellweg nicht berichtigt werde. Er weist darauf hin, dass aktuell viele Straßenbaugroßprojekte auf der Landesebene in Düsseldorf überprüft würden und empfiehlt den Petenten, sich auch dorthin zu wenden.

Herr Grabrowski verweist auf die aktuellen Verkehrsnachrichten. Gerade in Milse, Altenhagen, Elverdissen und Heepen stau sich der Verkehr ständig. Hier dürfe man nicht wegschauen. Die Planungen sollten, wie bisher beschlossen, fort- bzw. umgesetzt werden. Es sei hierfür u.a. bereits eine Schrebergartenanlage abgerissen worden und er frage sich, wie man das den ehemaligen Besitzern erklären wolle. Mit dem Ausbau der Straße solle der Wirtschaftsstandort Bielefeld gesichert und verbessert werden. Herr Grabrowski spricht sich eindeutig dafür aus, den Antrag abzulehnen.

Beschluss:

Die Eingabe wird an StEA verwiesen.

- mit Mehrheit beschlossen -

Drucksachen-Nr.

4148/2020-2025

Datum:

An den Vorsitzenden des
Bürgerausschusses

**Bürgereingabe nach § 24 GO NRW i. V. m. den Richtlinien für die
Erledigung von Anregungen und Beschwerden**

| Gremium | Sitzung am | Beratung |
|------------------------|------------|------------|
| Bürgerausschuss | 21.06.2022 | öffentlich |

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Straßenbauplanungen L712n und Herforder Straße

Text der Bürgereingabe s. Anlage

Stadt Bielefeld
Rechtsamt
33597 Bielefeld



Bielefeld, 15.04.2022

Bürgerantrag gemäß § 24 der Gemeindeordnung NRW

Straßenbauplanungen L712n und Herforder Straße

Sehr geehrte Damen und Herren,

Als Parents for Future Bielefeld setzen wir uns seit drei Jahren für den Klimaschutz in Bielefeld ein. Wir verfolgen die diesbezüglichen Entwicklungen und Entscheidungen der Stadt Bielefeld sehr genau und begrüßen die Bemühungen der Stadt, insbesondere die Ausrufung des Klimanotstandes 2019, die Entscheidung für Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 und die Entscheidung für eine Veränderung des Model Splits hin zu nur noch 25% Automobilität bis 2030.

Zu diesen Weichenstellungen passt der geplante Weiterbau der L712n und der autobahnähnliche Ausbau der Herforder Straße in keiner Weise. Im Gegenteil, eine Realisierung dieser Baupläne konterkariert die Beschlüsse der Stadt.

Die bis zu 30 Jahre alten Planungen stammen aus einer anderen Zeit. In der aktuellen Klimakrise mit den sich sichtbar verschärfenden Klimafolgen müssen ganz andere Prioritäten gesetzt werden. Insbesondere darf kein weiterer Straßenneu- oder -ausbau ohne eine Klimaverträglichkeitsprüfung stattfinden. Wir brauchen dringend eine Infrastruktur, die die Nutzung des Rades und des ÖPNV attraktiver macht. Weitere Verbesserungen für den motorisierten Individualverkehr führen in die falsche Richtung.

Darüber hinaus muss der Schutz unserer Naturräume (u.a. die jetzt gefährdeten Auenlandschaften und Überschwemmungsgebiete) oberste Priorität haben. In der sich verschärfenden Klimakrise brauchen wir diese dringend. Genau dies macht der soeben erschienene Bericht des IPCC noch einmal dramatisch deutlich. Es gibt nichts mehr zu verschieben – in den nächsten acht Jahren kommt es darauf an, die überlebenswichtigen Naturräume zu erhalten und auszubauen und den CO₂-Ausstoß auf allen Ebenen drastisch zu reduzieren.

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz BUND kritisiert die oben genannte Straßenplanung bereits seit 1998. Schon damals gab es gute Gründe dagegen. In der aktuellen Situation scheint es geradezu absurd, daran weiter festzuhalten.

Wir fordern die zuständigen Gremien der Stadt Bielefeld daher auf, die Planungen und deren Umsetzung zu stoppen und auf den Prüfstand zu stellen.

Insbesondere sollen

1. Grundstücke im Besitz der Stadt Bielefeld, die für den Bau der L712n benötigt werden, nicht an den Landesbetrieb Straßen.NRW veräußert werden.
2. ggf. bestehende Kooperationsverträge mit Straßen.NRW bezüglich der genannten Bauprojekte gekündigt werden.
3. die rechtlichen Möglichkeiten der Stadt Bielefeld geprüft werden, die überalterten Planungen in der aktuellen Situation planungsrechtlich neu zu bewerten. Die klima- und verkehrspolitischen Ziele der Stadt Bielefeld und das wegweisende Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Bundesklimaschutzgesetz vom April 2021 machen eine juristische Neubewertung notwendig.

Mit freundlichem Gruß

Parents for Future Bielefeld

Amt, Datum, Telefon

660 Amt für Verkehr, 16.05.2022, 51-34 02
660.22 - Herr Fleer

Drucksachen-Nr.

4032/2020-2025

Informationsvorlage der Verwaltung

| Gremium | Sitzung am | Beratung |
|------------------------|------------|------------|
| Bürgerausschuss | 21.06.2022 | öffentlich |

| |
|---|
| Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes) Ausbau der B 61 (Herforder Straße) zwischen Rabenhof und der Grafenheider Straße |
| Betroffene Produktgruppe 11.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen |
| Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen Planungen |
| Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan Realisierungskosten ca. 15,3 Mio. €, verschiedene Haushaltsstellen |
| Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.) BV Heepen, 08.03.2001, TOP 10, Drucksachen-Nr. 3102/2004 UStA, 20.03.2001, TOP 11, Drucksachen-Nr. 3102/2004 HA, 10.04.2003, TOP 12, Drucksachen-Nr. 7037/2004 BV Heepen, 18.09.2003, TOP 11.7 LB, 26.04.2005, TOP 3, Drucksachen-Nr. 932/2009 BV Heepen, 10.11.2005, TOP 9, Drucksachen-Nr. 1089/2009 UStA, 13.12.2005, TOP 11, Drucksachen-Nr. 1089/2009 Rat, 24.11.2005, Drucksachen-Nr. 1089/2009 BV Heepen, 12.01.2006, TOP 2 UStA, 24.01.2006, TOP 25, Drucksachen-Nr. 1940/2009 BV Heepen, 02.02.2006, TOP 3.4 BfS, 08.03.2006, TOP 4 BV Heepen, 09.03.2006, TOP 1 UStA, 09.05.2006, TOP 4.1 BV Heepen, 11.01.2007, TOP 3 BV Heepen, 06.09.2007, TOP 11.4 UStA, 11.12.2007 BV Heepen, 10.01.2008, Drucksachen-Nr. 4615/2009 UStA, 22.01.2008, Drucksachen-Nr. 4615/2009 BV Heepen, 03.04.2008, Drucksachen-Nr. 5008/2009 UStA, 15.04.2008, Drucksachen-Nr. 5008/2009 BV Heepen 20.05.2010 TOP 6, StEA 01.06.2010 TOP 10, Drs.-Nr. 0933/2009-2014 BV Heepen 17.06.2010 TOP 6, StEA 29.06.2010 TOP 5.2, Drs.-Nr. 0933/2009-2014/1 BV Heepen 15.09.2011 TOP 15, StEA 27.09.2011 TOP 10, Drs.-Nr. 2942/2009-2014 BV Heepen 25.02.2016 TOP 5.1, StEA 01.03.2016 TOP 4.1, Drs.-Nr. 2777/2014-2020 BV Heepen 25.02., 19.05.2016 TOP 5.1, StEA 01.03., 12.04., 19.05., 24.05.2016 TOP 4.1, Drs.-Nr. 2777/2014-2020 StEA 21.09.2021, DS 2444/2020-25, TOP 5.2 |

Sachverhalt:

Die Parents for Future Bielefeld hat einen Bürgerantrag gemäß § 24 der Gemeindeordnung NRW gestellt.

Sie fordern die Planungen und deren Umsetzung zu stoppen und auf den Prüfstand zu stellen.

Die in dem Bürgerantrag dargelegten Argumente und Informationen haben bereits im Vorfeld dazu geführt, die vorhandene und beanstandete Planung zum 4-spurigen Ausbau der B61 Herforder Straße auf den Prüfstand zu stellen. Deshalb muss unterschieden werden, dass ein Teil des Planfeststellungsbeschlusses für den Neubau der L 712n den Anschluss an die Herforder Straße in Form eines lichtsignalgesteuerten Knotenpunktes vorsieht, dieser damit bereits planfestgestellt worden ist und von StraßenNRW realisiert werden soll, dagegen der weitere Verlauf der B61 unter städtischer Regie geplant wird. Diesbezüglich wird die Verwaltung in einem ersten Schritt die technische Machbarkeit einer angepassten Planung, unter Berücksichtigung eines Radschnellweges, untersuchen. Dazu wurde die Erarbeitung eines Positionspapiers extern beauftragt. Die Ergebnisse führen dazu, dass weitere Planungsschritte notwendig sind. Im Herbst dieses Jahres wird das Ergebnis einer Machbarkeitsstudie zur Umsetzung der Planung mit dem Ziel erwartet, eine zukunftsorientierte Verkehrslösung zu erstellen, die sowohl die Belange der Umwelt und der Verkehrsteilnehmenden, als auch die der Anwohner berücksichtigt sowie die Unterstützung der vom Rat der Stadt Bielefeld beschlossenen Mobilitätstrategie.

Beigeordneter

Adamski